



Olymp der Diven

Mexikos Zerrissenheit zeigt sich besonders für betörende Dragqueens und transsexuelle Sexarbeiterinnen. **Seiten 18 und 19**

Fotos: 123rf/ksena32, 123rf/photoraizd, fotolia/andrey_plant, 123rf/timoxa

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Sonnabend/Sonntag, 21./22. Januar 2017

72. Jahrgang/Nr. 18

Bundesausgabe 2,30 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Auf die Straße sanktioniert

Fabian Lambeck über junge Menschen, die im Hartz-IV-System scheitern

»Guten Tag, mein Name ist Sebastian und ich lebe seit zwei Jahren auf der Straße. Wenn sie mir mit ein paar Cent aushelfen können für eine warme Mahlzeit oder einen Schlafplatz, wäre ich ihnen sehr dankbar.« Wer regelmäßig in der Berliner Innenstadt mit S- und U-Bahn unterwegs ist, hört Sätze wie diese fast täglich. Oft sind es sehr junge und sehr ungesund aussehende Menschen, die Fahrgäste so um Geld anbeteln. Man fragt sich dann, wie es sein kann, dass in der Bundesrepublik junge Leute auf der Straße landen. Das soziale Netz ist zwar grobmaschiger geworden, doch zumindest Hartz IV bleibt denen, die auf dem Arbeitsmarkt Probleme haben. Nach Schätzungen von Sozialverbänden leben 10 000 bis 15 000 obdachlose Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auf Deutschlands Straßen. Nicht wenige waren zuvor im Hartz-IV-Bezug.

Fachleute wie Inge Hanneemann warnen seit Jahren, dass die Totalsanktionen kontraproduktiv sind, weil gerade jüngere Betroffene im Falle einer solchen Höchststrafe den Kontakt zum Jobcenter ganz abbrechen. Wer kein Geld vom Staat mehr erhält, der besorgt es sich anderweitig. Die Bundesarbeitsministerin scheint das zu wissen, wollte sie die strengeren Sanktionen für unter 25-Jährige doch abschaffen, doch scheiterte sie damit am Widerstand der CSU. Wenn ihr Ministerium nun vorgibt, nicht zu wissen, was mit den Vollsanktionierten passiert, dann ist das bestenfalls die Halbwahrheit.

UNTEN LINKS

Die über unsere hübsche Hauptstadt Berlin kursierenden Verleumdungen werden täglich dreister. Neuerdings ziehen diverse Schreiherde und Haderlumpen umher und behaupten frech, die Armut breite sich aus wie ein Lauffeuer und es gäbe hier eine sogenannte – na, wie heißt das noch gleich? – Dingsifizierung! Stimmt doch gar nicht! Viele Bushaltestellen haben bequeme Sitzzecken und äußerst stabile Dächer und sind derzeit noch miethfrei. Ich selbst habe erst neulich, als meine Zuehfrau in meinem Weinkeller Staub wischte, kurz aus dem Panoramafenster meiner Wellness-Lounge gelinst und bin Zeuge davon geworden, wie eine Handvoll Obdachlose fröhlich an einem prächtigen Stück Brottrinde knabberte! Noch ist also alles in Butter, sozusagen. An der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs wird nicht gespart! Der Inhalt meines Kühlschranks ist der Beweis. Auch wenn von dem Chablis Grand Cru gerade nur noch zwei Kisten da sind. *tbl*

ISSN 0323-3375



Foto: plainpicture/Baertels

Mit Frauke und Trumpeten

Europas Rechtsextreme fordern mit Treffen in Koblenz die Demokratie heraus

Koblenz. Örtliche Medien warnen vor dem »Ausnahmestand«: Ein Bündnis bis zur rheinland-pfälzischen CDU – die sich indes von »der Antifa« distanziert – und der Gewerkschaft der Polizei ruft für Samstag zu Protesten gegen eine Saalkundgebung der rechtsradikalen Europa-Fraktion ENF (»Europa der Nationen und der Freiheit«) in Koblenz auf.

SPD-Chef Sigmar Gabriel und seine Generalin Katarina Barley wollen vor Ort mit eingesetzten Polizisten sprechen und so »ein Zeichen gegen Rechts und für ein starkes Europa setzen«. Auf der Gegenkundgebung sollen die Mainzer Ministerpräsidentin Malu Dreyer

(SPD), Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn und die österreichische Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Ulrike Lunacek (Grüne), sprechen.

Prominent ist auch das Gegenangebot. Erwartet werden die Vorsitzende der französischen Front National, Marine Le Pen, Geert Wilders von der niederländischen Freiheitspartei (PVV), Matteo Salvini, Frontmann der italienischen Lega Nord und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky. Für die deutsche AfD soll Frauke Petry auftreten. Marcus Pretzell als AfD-Chef in Nordrhein-Westfalen und ENF-Mitglied zählt zu den Organisatoren.

Die ENF ist derzeit die kleinste Fraktion im EU-Parlament. Doch sieht man sich auf der Siegerstraße. Ihre Köpfe stünden »kurz davor, in ihren Ländern die Regierungsverantwortung zu übernehmen«, heißt es in der Einladung; Petry sprach von einem »europäischen Wahlkampfauftakt«. Rückenwind für die Parlamentswahlen in Deutschland und den Niederlanden sowie die Präsidentschaftswahl in Frankreich verspüren die Rechten durch den Brexit und den Sieg von Donald Trump in den USA. Dieser signalisiere, dass die »Political Correctness am Ende« sei, schrieb Petry dazu in der »Jungen Freiheit«. *vs* Seite 21

Massenproteste zur Amtseinführung

Für Hunderttausende ist der 45. Präsident der USA kein Grund für Feiern

Bombast und Protest vereinen sich in Washington zum Amtsantritt des von Millionen gefeierten, von Millionen geschmähten US-Präsidenten Trump.

Washington. In Washington haben sich am Freitag Hunderttausende versammelt, um an den Feierlichkeiten zur Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump teilzunehmen. In New York, Washington und anderen Städten demonstrierten Tausende Menschen gegen den Republikaner.

In der US-Hauptstadt herrschten exorbitante Sicherheitsvorkehrungen. Große Teile der Innenstadt waren durch Beton- und Metallbarrikaden für den Autoverkehr gesperrt. Den Behörden zufolge waren etwa 28 000 Polizisten im Einsatz.

Bei einer Anti-Trump-Kundgebung am Donnerstagabend in New York sagte der demokratische Bürgermeister Bill de Blasio: »Morgen ist nicht das Ende – es

ist der Anfang.« Die Demonstranten betonten, dass Trump bei der Präsidentschaftswahl nicht die Mehrheit der Stimmen erhielt, sondern nur die Mehrheit im Gremium der Wähler. »Wir sind die Mehrheit«, sagte Filmregisseur Michael Moore. »Er wird nicht vier Jahre bleiben.« Auf Transparenten war zu lesen »Trump jeden Tag bekämpfen«, »Gerechtigkeit und Bürgerrechte für alle« und »Liebe triumphiert über Hass«. »Was auch geschehen mag, wir Amerikaner, wir New Yorker, wir Patrioten werden zusammenstehen für unsere Rechte und für die Rechte unserer Mitbürger«, sagte Schauspieler Robert de Niro.

In Washington ging die Polizei mit Pfefferspray gegen Demonstranten vor, die sich vor dem nationalen Pressegebäude versammelt hatten. Dort fand der umstrittene »Deploraball« für Trump statt, mitveranstaltet von der rechtsextremen »Alt-Right«-Bewegung. Der zunächst friedliche

Protest geriet später außer Kontrolle. Die Demonstranten beschimpften und bedrängten die Gäste und riefen Parolen gegen Trump. Einige zündeten Protestschilde an, wodurch die Luft vor dem Gebäude mit dem Presse-

»Er wird nicht vier Jahre bleiben.«

Michael Moore, Filmregisseur

klub voller Qualm war. Die Bezeichnung Deploraball ist ein Wortspiel: Clinton hatte einen Teil von Trumps Unterstützern als Ansammlung von »deplorables« (Beklagenswerten) bezeichnet.

Der scheidende US-Präsident Barack Obama hat an seinem letzten vollen Amtstag die Haftstrafen von weiteren 330 Gefangenen reduziert. Das Weiße Haus in Washington veröffentlichte am Don-

nerstag (Ortszeit) eine Liste mit den Namen. Er begnadigte damit mehr Gefangene als seine zwölf Amtsvorgänger zusammen. In den acht Jahren seiner Amtszeit verringerte Obama 1715 Haftstrafen, davon Hunderte lebenslange Strafen. Am Vorabend der Amtseinführung von Trump entließ Obama zudem vier weitere Gefangene aus dem Lager Guantanamo auf Kuba und kritisierte zugleich den Kongress für das Fortbestehen der umstrittenen Einrichtung. »Die Geschichte wird ein scharfes Urteil über diesen Aspekt unseres Kampfes gegen den Terrorismus und diejenigen fällen, denen es nicht gelungen ist, damit ein Ende zu machen«, warnte Obama. Trump hatte nicht nur angekündigt, Guantanamo offen zu halten, sondern im Wahlkampf auch gesagt, die Zahl der Häftlinge wieder zu erhöhen und sogar US-Bürger dort einzusperren. *Agenturen/nd*

Seiten 2, 3 und 9



**Auf Seite 29:
nd für Kinder**

Wer hat Angst vor Donald Trump?

Wagenknecht: Wir müssen das Gefühl ansprechen

Skepsis gegenüber Rot-Rot-Grün

Berlin. Die Fraktionschefin der Linkspartei im Bundestag, Sahra Wagenknecht, hat sich skeptisch zu einer möglichen rot-rot-grünen Koalition nach der Bundestagswahl im Herbst geäußert: »Die Grünen haben zwei Vertreter von Schwarz-Grün zu ihren Spitzenkandidaten bestimmt. Und Herr Gabriel steht für alles, aber nicht für einen sozialen Aufbruch«, sagte Wagenknecht im Interview mit »neues deutschland«.

Um bei der Bundestagswahl erfolgreich zu sein, müsse die Linkspartei »auch das Gefühl ansprechen«. Die Menschen müssten spüren, »dass wir ihre Empörung über die herrschende Politik teilen«. Mit Blick auf die linke Debatte über Flüchtlingspolitik sagte sie, nicht die Flüchtlinge seien verantwortlich für Lohndruck, sondern Politiker, die beispielsweise die Agenda-Gesetze beschlossen haben. *nd* Seite 5

Tausende ohne Geld vom Amt

Jobcenter verhängten 2015 im Schnitt 7000 Vollsanktionen pro Monat

Berlin. Durchschnittlich 7000 Hartz-IV-Betroffene im Monat erhielten im Jahre 2015 keine Geldleistungen vom Jobcenter, weil sie mit einer Vollsanktion belegt waren. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN-Vorsitzenden Katja Kipping hervor, die »neues deutschland« vorliegt. Im Falle einer solchen Vollsanktion erhalten die Betroffenen keine Geldleistungen mehr, sondern Lebensmittelgutscheine. Wer solche Gutscheine nicht beantragt, verliert auch Krankenversicherungsbeiträge.

Kipping bezeichnete es am Freitag als skandalös, dass die Bundesregierung keine Erkenntnisse zum Verbleib der Vollsanktionierten hat. »Das Bundesministerium von Andrea Nahles weiß nichts über die Folgen des tiefsten grundrechtswidrigen Akts der Totalsanktionierung. Ihr scheint das Schicksal der Betroffenen vollkommen egal zu sein«, so Kipping gegenüber »nd«. *nd* Seite 7

Ein starkes Zeichen der Solidarität

nd-Aktion erzielt zweitbestes Ergebnis seit dem Start 2002

Berlin. 40 279 Euro! Das zweitbeste Ergebnis der seit 2002 jedes Jahr um die Weihnachtszeit laufenden nd-Soliaktion ist ein starkes Zeichen der Solidarität. Ob die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen aus der Kaffeekooperative in der Demokratischen Republik Kongo, ob die Indígenas aus dem Nordwesten Argentiniens oder die Campesinos aus El Salvador: Die teils ungläubige Freude über soviel Unterstützung aus dem fernen Deutschland von den Lesern und Leserinnen des »neuen deutschland« ist überall groß. In El Salvador wurde sie mit »Gracias Nueva Alemania« quittiert, »Danke -neues deutschland«. Das Spendenkonto bleibt wie üblich für Spätentschlossene noch ein paar Wochen geöffnet, um niemandem die Chance zu verbauen, sich noch als SpenderIn zu beteiligen. »neues deutschland« dankt allen Spendern und Spenderinnen! *ml* Seite 4